



Wahlprüfsteine

Europawahl 2024

**Antworten der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU)
und der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU)
auf die Fragen der
Centralvereinigung Deutscher Wirtschaftsverbände für Handelsver-
mittlung und Vertrieb (CDH) e. V.**

- 1. Plant Ihre Partei, den Bürokratieabbau voranzutreiben und speziell kleine und mittlere Unternehmen (KMU) zu entlasten und wenn ja, wie?**
- 2. Wie ist die Position Ihrer Partei zu den bestehenden Instrumenten und Initiativen zur besseren Rechtssetzung (z.B. Smart Regulation, REFIT; „Think Small First“; „One-in-one-out“)?**

Antwort:

Die Fragen 1 und 2 werden gemeinsam beantwortet.

CDU und CSU unterstützen Initiativen zum Bürokratieabbau und zur besseren Rechtssetzung. Wir wollen daran ansetzen und sie intensivieren. So wollen wir die Überregulierung der Wirtschaft durch einen sofortigen Belastungsstopp für neue und laufende EU-Initiativen beenden. Die komplexe EU-Gesetzgebung wollen wir konsolidieren, die Berichtspflichten für Unternehmen zusammenfassen und überflüssige EU-Regeln abschaffen. Wir wollen das „1 in, 1 out“-Prinzip zu einem „1 in, 2 out“-Prinzip ausweiten – für jede neue belastende Regelung müssen zwei alte abgeschafft werden. Zudem wollen wir einen unabhängigen europäischen Normenkontrollrat schaffen, der die Bürokratiekosten misst und die Erfahrung in den Mitgliedstaaten mit der Anwendung des EU-Rechts berücksichtigt. Wir brauchen einen EU-Wettbewerbsfähigkeits-Check und einen Aktionsplan zur Reduzierung der regulatorischen Belastung. Wir treten für eine Überprüfung der Taxonomie und des Green Deals auf Praxistauglichkeit und auch im Hinblick auf den internationalen Wettbewerb ein. Hierzu wollen wir eine Erfolgs- und Effizienzkontrolle durchführen. Für unseren Mittelstand wollen wir den Europäischen



Wahlprüfsteine

Europawahl 2024

Mittelstandsbeauftragten stärken. Er soll zukünftig auch bei allen Gesetzgebungsverfahren beteiligt werden und die Anwendung der KMU-Tests zwingend prüfen.

3. Welche Bedeutung misst Ihre Partei in Ihrer künftigen Europapolitik dem geltenden Subsidiaritätsprinzip des EU-Vertrages bei und werden Sie dieses zugunsten von Wachstum und Unternehmertum konsequent im Rahmen Ihrer politischen Arbeit berücksichtigen?

Antwort:

Die Subsidiarität bleibt für uns Leitprinzip. Mehr Europa im Großen und weniger Europa im Kleinen. Angelegenheiten, die am besten auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene geregelt werden, müssen weiterhin diesen überlassen werden. Darauf muss sich die EU rückbesinnen. Wir wollen einen Kompetenzkatalog und einen Check für Institutionen, um gemeinsame Hauptziele zu identifizieren. Dabei müssen aber auch die Kompetenzen berücksichtigt werden, die den Mitgliedstaaten obliegen. Im Sinne der Subsidiarität lehnen wir eine Vergrößerung des EU-Personalbestands ab. Wir müssen in den EU-Behörden ein stärkeres Bewusstsein für die Realitäten vor Ort erzeugen.

4. Welche konkreten Maßnahmen plant Ihre Partei, um eine leistungsfähige, grenzüberschreitende Verkehrsinfrastruktur in Europa noch weitergehend sicherzustellen und den grenzüberschreitenden Warenverkehr zu erleichtern?

Antwort:

CDU und CSU stehen hinter dem Ausbau der transeuropäischen Verkehrsnetze (TEN-V) und haben sich in der vergangenen Legislaturperiode für eine erfolgreiche Fortsetzung dieser wichtigen europaweiten Vereinbarung eingesetzt. Wichtig ist uns auch in der kommenden Legislatur die Umsetzung grenzüberschreitender Verbindungen, die



Wahlprüfsteine

Europawahl 2024

Beseitigung von Schwachstellen innerhalb der nationalen Netze und die Anbindung von Randregionen.

5. Wie wird sich Ihre Partei für die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit innerhalb und außerhalb der EU einsetzen und sicherstellen, dass in der EU-ansässige Unternehmen im internationalen Wirtschaftsverkehr nicht benachteiligt werden?

Antwort:

CDU und CSU wollen die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in Deutschland und Europa durch eine kluge Standortpolitik stärken. Wir bauen daher Bürokratie ab, fördern Forschung, Innovationen und Digitalisierung und intensivieren den Freihandel. Mit einer europäischen Wettbewerbsstrategie wollen wir unternehmerisches Handeln erleichtern. Gerade für den Wettbewerb mit anderen Weltregionen ist zentral, dass geistiges Eigentum weiterhin effektiv geschützt wird. Die EU braucht zudem eine strategische Handelspolitik, die den gegenseitigen Zugang zu offenen Märkten fördert, die Versorgungssicherheit gewährleistet und Abhängigkeiten in wichtigen Bereichen reduziert. Wir wollen mehr Freihandelsabkommen vor allem mit den USA und Südamerika abschließen, ohne sie mit sachfremden Themen zu überfrachten. Gleiches gilt für Abkommen im asiatisch-pazifischen Raum, etwa mit Indien, Australien, Indonesien und Thailand. Künftig sollen Freihandelsabkommen nur noch als reine EU-Abkommen („EU-only“) verabschiedet werden. Es bedarf auch eines besseren Zugangs für europäische Unternehmen auf ausländischen digitalen Märkten insbesondere in Hinblick auf Interoperabilität.

6. Wie ist die Position Ihrer Partei zu den bestehenden und künftigen Klimaschutzzielen und wie werden Sie sicherstellen, dass diese erreicht werden können, ohne der Entwicklung der europäischen Wirtschaft zu schaden?



Wahlprüfsteine

Europawahl 2024

Antwort:

Auf dem Weg zur Klimaneutralität 2050 setzen wir auf innovative Konzepte und auf marktbasierende Instrumente: Mit Emissionshandel, mit sozialem Ausgleich, mit dem Ausbau Erneuerbarer Energien, mit Energieeffizienz und mit einer Kreislaufwirtschaft. Zudem ist unser Ziel, Investitionen in Innovationen für saubere Technologien freizusetzen. So wollen wir den Green Deal im Sinne einer größeren Wirtschaftsfreundlichkeit weiterentwickeln.